# arbeitsblätter

nummer 3

fragen der westeuropäischen integration
sds - bundesseminar 23.-25.11. 1963

inhalt: heinz kuby, politische und ökonomiache
ziele der europäischen integration

protokoll der diskussion

die arbeitsblätter werden für die mitglieder des sds herausgegeben. in ihnen stellt der bundesvorstand des sds aufsätze, referate, protokolle, arbeitskreisergebnisse zur diskussion. sie sind nicht nur zur selbstverständigung gedacht. sie wollen zugleich als hinweise für unsere politische praxis verstanden sein. sie bleiben internes arbeitsmaterial, entstanden durch mitarbeit der gruppen und zufällige ereignisse. verantwortlich: manfred liebel bundesvorsitzender des sozialistischen deutschen studentenbundes 6ooo frankfurt / main w 13, kurfürstenstr. 8 ; tel. 77 64 22
nummer 3 ist erschinen im juli 1964

Referat Heinz Kuby:
Politische und ökonomische Ziele der europäischen Integration

1. Kennedys Tod hat Strukturelemente der internationalen Lage zu Bewußtsein gebracht, die bis dahin wenig überlegt worden waren. Politik auf allen drei Handlungsebenen, nämlich der
   - Sicherheit
   - Gesellschaft
   - Wirtschaft

   ist dabei untrennbar ein ganzes.

2. Die Ausgangslage der europäischen Länder bei Kriegsende war bei aller Unterschiedlichkeit durch gemeinsame Züge bestimmt: überall handelte es sich darum
   - die materiellen Folgen des Krieges zu beseitigen;
   - die Wiederholung einer kriegerischen Katastrophe in Europa und das Neuentstehen eines totalitären Systems zu verhindern.

   Aber die unterschiedlichen Situationen der europäischen Länder führte zu sehr verschiedenen Konsequenzen für die politische Neuordnung Europas.

3. Großbritannien Die wirtschaftliche Struktur und Entwicklung ruhte auf der Seeherrschaft. Als diese schwand, blieb nurmehr die Anlehnung an die USA. Mit deren Deckung und gestützt auf eigene Machtmittel (Atombombe), versuchte Großbritannien, vom europäischen Kontinent unabhängig zu bleiben und selbständige Weltpolitik zu treiben. Dies scheiterte in den letzten Jahren:
   - 1956 die Suezkrise resultierte aus dem letzten Versuch, Schutzmacht des Commonwealth zu bleiben: die Verbindung zu den asiatischen und ostafrikanischen Commonwealth-Ländern wurde zerschnitten. Amerika griff praktisch gegen England in den Konflikt ein. Die britische Reaktion war, durch größere und weitergehende Anstrengungen ein eigenes, auch von den USA in stärkerem Grad unabhängiges Atompotential zu schaffen.

- 1960 Mit dem Abbruch der Entwicklungsarbeiten an einer eigenen Langstreckenrakete endete der Versuch, ein weltpolitischer Sicherheitsfaktor zu sein. Wenige Monate danach Beitrittsgesuch an die EWG.

- 1962 Mit dem EWG-Beitrittsgesuch Großbritanniens ist das Vertrauen des Commonwealth zu Großbritannien erschüttert; zuvor schon war mehr und mehr klar geworden, daß die USA der eigentliche Faktor Nr. 1 für Sicherheit und Wirtschaft im Fernen Osten geworden ist.

4. Frankreichs Nachkriegspolitik stand unter der Sorge vor der deutschen Gefahr. U. a. unter diesem Aspekt ist das Bündnis von 1944 mit Stalin zu betrachten. Erst seit dem Umsturz in der CSR beginnt ein außenpolitisches Denken, das über Deutschland hinausgreift. Aber nicht in der Ausbreitung desKommunismus sah man die Hauptgefahr, sondern in der Machterweiterung der Großmacht Rußland.

   Die französischen Motive für die westeuropäische Integration gingen nicht zuerst auf die Schaffung eines Wirtschaftsgroßraums in Europa: den glaubte Frankreich lange durch Einbeziehen seiner afrikanischen Länder bilden zu können. Frankreich hatte zeitweise die Umwandlung seines Imperiums sogar in eine Bundesrepublik mit den afrikanischen Ländern im Auge. Frankreich wollte wieder Großmacht werden. Seine Wirtschaft ist weniger vom Außenhandel abhängig als die der anderen Länder Europas. Sein Außenhandelsanteil am Bruttosozialprodukt liegt bei 9-10 % in den letzten Jahren (dagegen Großbritannien 18 %, Niederlande 35-40 %); den erweiterten Binnenhandel mit den EWG-Staaten und mit den Ländern der Frankenzone abgezogen, bleibt ein echter Außenhandelsanteil am Bruttosozialprodukt von nur 5-6 %. Auch gegenüber den unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten ist Frankreichs Politik nicht primär wirtschaftlich motiviert, sondern politisch: die französische Entwicklungshilfe (die zu über 95 % in diese Länder geht) liegt mit einem Gesamtbetrag um über 2 % des Bruttosozialprodukts höher als der Wert des Gesamthandels mit diesen Ländern. Algerien alleine hat nach Erlangung der Unabhängigkeit fast 50 % der französischen Entwicklungshilfe erhalten.

Der Beginn der europäischen Integration, die Montan-Union, sollte die deutsche Montanindustrie als militärischen und politischen Faktor für eine nationale deutsche Politik lahmlegen - eben durch Integrierung. Das Sicherheitskalkül war das wichtigste: als Fortsetzung der Montan-Union war nicht die EWG geplant, sondern die EVG. Erst nach dem Scheitern dieses Projekts wurde der Weg zu einer horizontalen Integration der Gesamtwirtschaft eingeschlagen (EWG).

5. Deutschland war als Folge der Besatzung und anderer Nachkriegsumstände an den europäischen Neuordnungsversuchen nur als passiver, aber willig passiver Partner beteiligt. Zwei Wege schienen gangbar:

   - Neutralität für Deutschland oder für Mitteleuropa, oder
   - Integration mit Westeuropa

   Neutralität für Deutschland wäre angesichts des Machtgefälles zwischen Ost- und Westeuropa nur in den ersten Nachkriegsjahren möglich gewesen, solange Deutschland noch wirtschaftlich und politisch schwach und die Sorge vor der deutschen Gefahr noch ein bestimmendes Politikum auch in Westeuropa war. Langfristig hätte sich im Maße des Erstarkens Deutschland das Problem der Zuordnung nach Ost und West trotzdem gestellt.

6. Voraussetzung für Neutralität: Die bewaffnete Neutralität der Schweiz, Schwedens usw. ist völkerrechtlich garantiert. Ein allseitiges Interesse an ihrer Neutralisierung in einem innereuropäischen Konflikt führte zur und befestigte die Neutralität. Formal waren auch die Beneluxstaaten neutral. Wo jedoch die damaligen europäischen Großmächte zusammenstießen, stand Benelux im Schnittpunkt der Auseinandersetzungen, und die Neutralität wurde nicht beachtet. Im Augenblick der deutsch-französischen Einigung zwangen Sicherheit-und Wirtschaftsinteressen dieser Länder zur Integration in Westeuropa.
   Voraussetzung der Neutralität sind daher

   - eigene Handlungsfähigkeit im weltpolitischen Spiel
   - Desinteresse der Großen, oder
   - Notwendigkeit eines Ausgleichs zwischen den Großen durch Ausklammerung.

Die europäischen Kleinstaaten können neutral sein, weil die Großen ihre Unabhängigkeit garantieren. Die "Neutralisten" in den anderen Kontinenten können sich behaupten, weil und solange sie nicht aktuell für die Machtpolitik der Großen von Bedeutung sind. Beide Voraussetzungen fehlen in Deutschland und in Mitteleuropa.

Der Rapacki-Plan sah vor, Deutschland, CSR und Polen, in einer atomwaffenfreien, militärisch-verdünnten Zone zusammenzufassen. Dies hätte ein für die nationalstaatliche Struktur Europas übergroßes Potential ergeben, das weder den Osten noch den Westen hätte gleichgültig lassen können. Frankreich etwa hätte einer solchen Lösung außer in den ersten Jahren nach dem Krieg niemals zugestimmt. Die Sowjetunion war und ist nicht bereit, das im Krieg eroberte Vorfeld preiszugeben. Deutschlandund Mitteleuropa sind zu wichtig, als daß sie neutralisiert werden könnten. Statt zu entspannen, würde ein versuchsweise neutrales Deutschland die europäische Konfliktslage politisch verschärft haben.

7. Folgerichtig entstand in Mitteleuropakein sich neutralisierendes Gebilde, sondern es bildeten sich zwei Integrationsbereiche zu beiden Seiten der militärischen Demarkationslinie. Aber das Potential der osteuropäischen Partner der Sowjetunion ist viel schwächer im Verhältnis zur Vormacht, als das PotentialWesteuropa im Verhältnis zur Vormacht der USA.

| Bevölkerung | Millionen |
|---|---|
| Osteuropa | 95 |
| Sowjetunion | 220 |
| Westeuropa | 175 |
| USA | 185 |

18 Jahre nach Kriegsende ist der Abstand zwischen dem Wirtschaftspotential Osteuropa und dem der Sowjetunion gleichgeblieben, dagegen ist das Wirtschaftspotential Westeuropa stärker gewachsen als das amerikanische. Die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit ist im Ostbündnis wesentlich größer als im westlichen; der Anteil am gegenseitigen

Außenhandel zwischen der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Bündnisstaaten liegt bei 50 % des gesamten Außenhandels; die Ausfuhren der Europäischen Gemeinschaft nach den USA betrugen dagegen unter 10 % ihrer Gesamtausfuhren, die Einfuhren unter 15 %.

Konsequenz: Die USA konnten einer unabhängigen Entwicklung Westeuropas eher zustimmen, ja sie fördern, als die Sowjetunion einer solchen der osteuropäischen Staaten. Die Chancen dazu waren infolge der Größenverhältnisse ebenfalls in Westeuropa günstiger als in Osteuropa. Das osteuropäische, speziell das polnische "politische" Interesse an einer neutralen Zone erklärt sich nicht zuletzt aus diesem potentiell geringeren außenpolitischen Spielraum.

8. Folgen der westeuropäischen Integration

Westeuropa ist wirtschaftlich stärker geworden, aber außenpolitisch ist es nach wie vor von den USA abhängig, weil allein diese Weltpolitik treiben können. Was kann Westeuropa für die Erhaltung des Weltfriedens tun? Solange es nicht außenpolitisch handlungsfähig ist, vermag es fast nichts und "Handlungsfähigkeit" meint die Fähigkeit eines Staatswesens, eine von ihm für richtig erachtete Haltung politisch vertreten und letztlich durchhalten zu können, ohne dabei wesentlich von anderen abhängig zu sein; das also, was man früher "Souveränität" nannte. Auch für den Fall einer aggressiven Politik der USA gegenüber der Sowjetunion verfügt Westeuropa über keine effektiven Mittel zur Erhaltung des Weltfriedens oder auch des Friedens nur in Europa. Es ist außenpolitisch nach wie vor weitgehend Objekt. Ein lokaler Konflikt in Europa könnte vielleicht die USA und die Sowjetunion unbeschädigt lassen, würde aber die Vernichtung Europas riskieren. In seiner gegenwärtigen Situation kann Europa das schwerlich verhindern.

De Gaulle meint, durch eine national-französische Atomrüstung verhindern zu können, daß die USA sich auf einen lokalen Krieg in Europa einlassen. De Gaulle will die Auslösung des Krieges mit in der Hand haben, um ihn ggfls. verhindern zu können. Aber Frankreichs Atomrüstung ist waffenmäßig für diesen Zweck unzureichend und politisch damit gefährlich. Noch gefährlicher wäre die damit evtl. ausgelöste Tendenz, daß andere europäische Länder eine nationale, d. h. bei ihrer Größenordnung ebenso nutzlose und gefährliche Atomrüstung betreiben.

9. Um den Krieg zu verhindern, scheint es nur zwei Wege zu geben:

1) Westeuropa, als politische Handlungseinheit konstituiert, gewinnt Zugang zum atomaren Sicherheitshebel.

Die USA müssen interessiert sein, die französische Atommacht einzufangen, da sie politisch die Gesamtsituation erschwert und gefährdet, ohne daß damit ein zusätzliches Sicherheitsmoment geschaffen wäre. Dies könnte zu einer Interdependenz mit den USA führen, die aber realistisch nur dann ist, wenn den USA ein einziger handlungsmächtiger Partner gegenübertritt, statt eine Vielfalt rivalisierender Nationalstaaten. Die Auslösungsmöglichkeit des Atomkrieges wäre dann durch ein interdependentes Sicherheitssystem eingeschränkt. Keiner der Partner vermöchte ohne den anderen zu handeln.

2) Oder Westeuropa verschafft sich selbst die notwendigen Gewaltmittel, um seiner Selbstverantwortung und der Mitverantwortung für den Weltfrieden gerecht werden zu können. Die hohen Kosten lassen einen solchen Versuch als ökonomisch unsinnig erscheinen. Politisch ist er weit gefährlicher als der erste Weg.

Wenn gesellschaftspolitisch jede Art von Paternalismus unerträglich erscheint, gelten solche Vorbehalte auch für die Außenpolitik. Eine Friedenspolitik beginnt aber nicht mit der Ablehnung des Krieges, nicht einmal mit der Weigerung, daran teilzunehmen, sondern mit der Fähigkeit, in Krisensituationen wo immer seiner Stimme Gewicht zu

verleihen und gefährliche Entwicklungen verhindern zu können. Wenn zwischen USA und Sowjetunion ein gemeinsames Interesse - über den gesellschaftspolitischen Gegensatz hinweg - am Überleben sich herausgebildet hat, gilt dies auch für Europa, bei welcher innenpolitischen Konstellation immer. Seine tödliche Verwundbarkeit ist angesichts der Ballungsdichte von Bevölkerung und Produktionsstätten ungleich größer als die der Großraummächte USA und Sowjetunion, die sich bei jedweder Art von Krieg noch Minimalchancen des Überlebens mögen ausrechnen können. Diese größere Gefährdung bleibt immer erhalten: daraus resultiert, daß Europa das größte Interesse an einer nuklearen Abrüstung haben muß. Ein Vorgehen, das einen zweiten Finger an den Sicherungshebel der vorhandenen Atompotentiale heranführt, scheint - so es auch im Osten angewandt würde - jedenfalls einer Entwicklungvorzuziehen, die weitere "Finger" an zwar kleine, aber eigenmächtige Atompotentiale heranbringt. Es wäre ein politischer Schritt zur Vorbereitung einer sukzessiven Neutralisierung des Atompotentials.

Solange seine äußere Abhängigkeit besteht, ist auch eine innere Entwicklung nicht "unabhängig". Sobald Europa wirklich souverän, d. h. handlungsfähig ist, werden sich die Probleme neu stellen:

- Ein handlungsfähiges, in sich föderales Westeuropa bietet den progressiven Kräften alle Chancen, ein modernes, gesellschaftspolitisch attraktives Gemeinwesen zu gestalten. Ein national zersplittertes Westeuropa bietet diese Möglichkeit ebenso wenig wie ein alternativlos nach Rußland gravitierendes Osteuropa.

- Die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür sind ungleich günstiger in einem westeuropäischen Gemeinsamen Markt, dessen Gestaltung starke Planungselemente nachsichzieht. Die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft als solche bringt zwar noch keine Veränderung der innereuropäischen politischen Situation. Aber der Zwang zur Integration ermöglicht den Modernisierungsprozeß, indem er nationalverfestigte Formen durch

den Vertragszwang aufzulösen zwingt und neue Lösungen erzwingt. In welchem Sinne diese neue Ordnung orientiert sein wird, hängt sowohl davon ab, ob diese Gemeinschaft eigenständige Lösungen durchsetzen kann, d. h. ob sie politisch handlungsfähig und unabhängig ist; vor allem aber davon, welche politischen Kräfte die Integration tragen und gestalten werden.

- Die Frage eines Ausgleichs zwischen Ost- und Westeuropa wird durch eine politische handlungsfähige Gemeinschaft in Westeuropa vor den machtpolitischen Komponenten, die den eigentlichen Gegenstand der Spannung überdeckten, befreit werden können. Die Diskussion um die vernünftige Form des Zusammenlebens wird damit entspannter und sachbezogener geführt werden können.

Protokoll der Diskussion im Anschluß an Heinz Kubys Referat

I. Teil

Behindert die Assoziierung einiger afrikanischer Staaten an die EWG bzw. die Mitgliedschaft im Commonwealth nicht den innerafrikanischen Handel, weil sich die Länder wirtschaftlich auf Europa statt auf die Nachbarländer einstellen?

Die Assoziierung bietet den Staaten den Vorteil weitgehender Zollfreiheit bei Einfuhr in die EWG. Die Möglichkeit, einen gemeinsamen afrikanischen Markt mit Schutzzöllen auch gegenüber der EWG zu bilden, ist ihnen dabei offen-gelassen.

Wurden die afrikanischen Länder nicht deshalb assoziiert, um sie wirtschaftlich auszubeuten?

Die Länder sind überwiegend so arm, dass in sie - besonders von Frankreich - mehr Geld hineingepumpt wird, als auf lange Frist Aussicht besteht, zurückzugewinnen (wiewohl für einzelne Industriezweige die Situation "interessant" ist). Frankreich unterstützte die Assoziierung in erster Linie nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern weil es seinen politischen und insbesondere kulturpolitischen Einfluß in seinen ehemaligen Kolonien bewahren wollte.

(West)europa ist heute nur eine ökonomische Macht, militärpolitisch ist es von den USA abhängig (paternalistisches Verhältnis). Während außenpolitische Momente der USA auf die innere Entwicklung der BRD und Westeuropas großen Einfluß haben, ist dies umgekehrt nicht der Fall. Zur Erhaltung des Friedens kann die wirtschaftliche Macht der europäischen Staaten nicht eingesetzt werden, da die USA militärisch völlig unabhängig von Europa handeln können (Kuba). Es ist sogar möglich, daß ein Krieg zwischen Amerika und der UdSSR zunächst nur in Europa als dem Vorderland der beiden Weltmächte ausgetragen wird (bis zu einer eventuellen Einigung).

Europa ist nur für die USA Vorderland. DieSU wird wegen ihrer geographischen Nachbarschaft bei einem Krieg in Europa so in Mitleidenschaft gezogen, daß sie diesen, um nicht zu unterliegen, auf Amerika ausdehnen wird.

Da Europa wegen seiner dichten Besiedlung bei einem Krieg in jedem Fall den größten Schaden erleidet - wahrscheinlich völlige Vernichtung - ist es die wichtigste Aufgabe,zu verhindern, durch eine nervöse oder aggressive amerikanische Politik (wie sie unter einem möglichen Präsidenten wie beispielsweise Goldwater nicht undenkbar ist) in einen Krieg hineingezogen zu werden. Hierzu gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Europa baut eine eigene starke Atomstreitmacht auf. So ist Frankreichs Atompolitik u. a. unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, eine sowjetisch-amerikanische Auseinandersetzung in Europa durch die Drohung mit Atomwaffen zu verhindern.Eine Atommacht Europa würde zwar die bisherige Abhängigkeit von den USA beseitigen, diese Lösung ist aber ökonomisch unsinnig und militärpolitisch nicht nötig.

2. Der weit bessere Weg ist eine gemeinsame amerikanisch-europäische Atommacht, die nur mit beiderseitigem Einverständnis eingesetzt werden kann; beide Seiten sollen nicht nur Mitspracherecht, sondern absolutes Veto besitzen (zwei Hände am Sicherheitshebel). Die Gefahr, daß eine Seite ungewollt in einem Krieg durch Verschulden der anderen Seite gezogen wird, ist damit zu beheben. Militärischer Schutz ist aber nicht das einzige Feld der Sicherheitspolitik, Dazu kommt noch die Einwirkung auf die Konfliktursachen, also die Außen-, Wirtschafts und auch Gesellschaftspolitik im weitesten Sinn. Für beides: Beteiligung an der Atompolitik, um den Krieg zu verhindern und für die Ursachenpolitik im Weltmaßstab ist aber die entscheidende Voraussetzung, daß Westeuropa sich politisch neu konstituiert, als föderale Handlungseinheit.

Ist die gegenseitige Kontrolle überhaupt vollkommen realisierbar, und bedeutet "beide Seiten am Abzughebel" nicht eine Verstärkung der Kriegsgefahr?

Die beiderseitige Kontrolle und Sicherung ist nur ein technisches Problem und läßt sich durchaus verwirklichen.

Lassen sich die Amerikaner denn auf solch ein Bündnis ein, das ihre eigene Handlungsfreiheit so sehr einschränkt?

Wenn auch weitere europäische Staaten sich mit Atomwaffen ausrüsten - auch bei gegenseitiger Bindung mit den USA - werden andere Staaten diesem Beispiel folgen. Wie kann man dann noch zu einer allgemeinen Abrüstung gelangen?

Die Herstellung von Atomwaffen wird heute in meheren Ländern vorbereitet (Schweden, Schweiz, China, Indien u.a.). Diese Entwicklung scheint nicht mehr zu verhindern; die Abrüstung ist natürlich der beste Weg, bleibt aber nur ein Wunsch. Um die Abrüstung anzupacken, muß Westeuropa handlungsfähig-souverän werden. Jetzt ist es entscheidend abhängig von der Führung der USA.

Die Atombewaffnung Westeuropas fördert aber gerade eine breitere Streuung der Kernwaffen. Vor allem wird auch Osteuropa dann mit der atomaren Aufrüstung beginnen, und die Spannungen werden in Europa noch wesentlich verschärft. Ein Verzicht auf Atomwaffen kann dagegen auch andere Staaten dazu bringen, weil die atomare Rüstung sowieso sehr kostspielig ist.

Eine Lösung ist ein atomwaffenfreies (West)europa auch nicht, da es in dem Fall bei allen möglichen Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion oder wem sonst zum Nachgeben gezwungen ist und sich nicht lange unabhängig halten kann.

Warum sollte es mit der UdSSR zu politischen Auseinandersetzungen kommen? Die Sowjetunion ist ander Eroberung eines neutralen, atomwaffenfreien Europas nicht interessiert.

Es geht nicht um die großen Vernichtungsmaschinen als solche, sondern um politische Handlungsfähigkeit. Dazu gehört ein Wirtschaftspotential, wie es die Länder des Gemeinsamen Marktes schon haben. Dazu gehört eine politische Konstituion, die Europa fehlt. Und dazu gehört vorläufig auch die Verfügung über die großen Drohmittel.

Europa kann heute nur mit der A-Bombe eine verantwortliche Politik betreiben; sonst kann es im Weltgeschehen nicht mitreden und ist keine Macht mehr.

Europa ist heute keine politische Macht mehr und weshalb soll es denn auch eine sein?

Warum soll Europa auf eine politische Mitsprache verzichten, da es wirtschaftlich doch durchaus eine Weltmacht ist. Die Europäer haben eine Verantwortung, weil sie wirtschaftlich und technisch stark sind. Sie werden ihrer Verantwortung nicht gerecht, wenn sie nicht eine Weltmacht konstituieren. Außerdem können von Europa - wenn es eine mit Amerika verbündete Macht ist - liberale oder sogar sozialistische Strömungen leicht in die USA eindringen.

Diese Annahme ist falsch. Bisher gingen die liberalen Bestrebungen eher von Amerika us.

Ein atomwaffenfreies und abgerüstetes Europa ist zwar keine militärpolitische Macht mehr, es kann aber trotzdem auf die Weltpolitik größeren Einfluß gewinnen, wie ihn ja heute auch die ökonomisch und militärisch schwachen neutralen Staaten Asiens und Afrikas durch die UNO haben.

## II. Teil

Die Diskussion fand ein durch eigene Atombewaffnung unabhängig gewordenes Westeuropa aus folgenden Gründen fragwürdig:

Die Entwicklung einer eigenen Atomstreitkraft soll zwar die Unabhängigkeit des vereinigten Westeuropas garantieren, also Pressionen der USA und der SU gleichermaßen verhindern, aber die ökonomischen Verflechtungen mit den USA, die ähnlichen Interessen des amerikanischen und des westeuropäischen Kapitalismus machen die angestrebte Selbständigkeit zur Scheinneutralität: die Sowjetunion wird weiterhin als möglicher Angreifer vorausgesetzt. Von einem atombewaffneten Europa ist daher ebensowenig Entspannung zu erwarten, wie in der jetzigen Situation.

Die augenblickliche politische Konstellation unterstreicht dagegen die Wahrscheinlichkeit einer Verschärfung der Spannungen: es sind gerade die autoritären und in ihrem Antikommunismus schärfer auftretenden Kräfte - die Vertreter einer Achse Bonn - Paris (- Madrid) - die den Plan einer europäischen Atomstreitkraft unterstützen. Dagegen hat sich z. B. der Einfluß der USA auf das innenpolitische Klima Westdeutschlands relativ liberalisierend ausgewirkt. Das durch eigene Atombewaffnung "unabhängig" gewordene Europa ist identisch mit dem kleinen Europa, mit dem autoritäreren Europa. Neutralität gegenüber der Sowjetunion ist dagegen von diesen Kräften nicht zu erwarten.

Echte Neutralität kann nur von Staaten betrieben werden, die sich aufgrund ihrer gesellschaftlichen Struktur zwischen den Fronten befinden (genannt wurde Jugoslawien). Die Forderung nach gesellschaftlicher Umstrukturierung als Voraussetzung eines unabhängigen Europas fehlte jedoch in Kubys Thesen.

Man war der Ansicht, daß Entspannung in Europa nur über einen dritten Weg möglich ist, den der praktizierten Entspannungspolitik durch ein militärisch verdünntes Europa, das die EWG- und die EFTA-Staaten einschließt, eng mit den afrikanischen Staaten zusammenarbeitet und nicht am Eisernen Vorhang endet. Eine gesellschaftliche Umstrukturierung in diesen Gebieten ist für ein solches Europa allerdings Voraussetzung. Man war sich bewußt, daß dieses Modell in der augenblicklichen Situation mehr ein moralischer Appell ist als Politik. Aufgabe der potentiellen Linken kann es jedoch nicht sein, "das zu unterstützen, was sowieso gemacht wird". Aufgabe der Linken ist es vielmehr, Alternativen zu finden und zu zeigen.

- Der Friede ist nicht zu erwarten durch militärische Entspannung, sondern durch den Ausgleich von Machtgebieten. Weil Westeuropa keine Eigenmacht hat, kann es weder zu einer Friedensordnung in Europa noch zu einer effektiven Abrüstung beitragen. Es kann zwar versuchen, seinen Einfluß auf die wirklich handlungsfähigen Mächte geltend zu machen, aber der reicht jedenfalls nur so weit, wie er mit deren spezifischem und weltpolitischem Interesse übereinstimmt. Gegenüber beispielsweise von Lateinamerika ausgehenden militärischen Weltkrisen ist Europa weitestgehend hilflos, denn es kann seine Stimme nicht mit Nachdruck selbst zur Geltung bringen.

- Richtig, daß es nicht Aufgabe der Linken sein kann ... (Alternative ...) Aber eine solche Alternative liegt nicht in einer puren gesellschaftspolitischen Utopie, sondern diese muß ein konkretes Handeln inspirieren. Jeder solche Weg führt über Macht. Die Vereinigten Staaten von Westeuropa sind das jetzt anzustrebende optimale Instrument. Verantwortung, die durch das verwaltete Potential auferlegt ist, kann nicht durch Bekenntnisse zu moralischen Prämissen genüge getan werden. Eine politische Gruppierung, die sich als verantwortungsfähig erachtet, handelt unverantwortlich, wenn sie nicht das politische Gewicht zu maximieren trachtet, um dieser Verantwortung nachzukommen.

Produktionen von linksrheinischen nach rechtsrheinischen Filialbetrieben zu verlegen usw. Dazwischen stünde der "Staat" in Form von sechs Regierungen, die je nach Lage der Dinge handlungsunfähig wären, weil sie durch keine verbindlichen Beschlüsse die Streitigkeiten schlichten könnten, selbst wenn sie es wollten.

In dieser Situation genügen die bisherigen Bemühungen der Gewerkschaften um europäische Zusammenarbeit nicht. Selbst die von der IG Metall jetzt angestrebte Zusammenarbeit bleibt gradmäßig sogar noch hinter dem de Gaulleschen Europa-Plan zurück. Daß sie dies nicht gewußt hätten, sollen die Gewerkschaften eines Tages nicht sagen. Wenn sie sich nur als Sozialversicherungsunternehmen betrachten, und nicht als politische, umso schlimmer.

---

Nachbemerkung

Um Mißverständnisse zu vermeiden, fügen wir dem Protokoll eine kurze Erläuterung an:

Die von dem Referent vorgetragenen Thesen entsprechen nicht den politischen Vorstellungen des Bundesvorstandes. Wir meinen aber, daß sie- wie sich schon auf dem Seminar gezeigt hat - als Diskussionsunterlage geeignet sind. Und als Diskussionbeiträge verstehen sich die "arbeitsblätter" ja insgesamt.